



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 221-25087

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 14.05.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, 07.05.2012, 15:30 Uhr bis 17:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	i. V. für Herrn Görzel
Herr Jörg Frank	GRÜNE	i. V. für Herrn Wolter (bis 17:25 Uhr)
Herr Axel Kaske	SPD	i. V. für Herrn Neubert (ab 16:10 Uhr)
Herr Jürgen Koch	CDU	i. V. für Herrn Dr. Elster
Herr Manfred Richter	GRÜNE	i. V. für Herrn Dr. Welpmann

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Frau Gisela Manderla	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Frank Maul	PRO KÖLN

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD
Herr Oliver Krems	SPD (ab 15:40 Uhr)

Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	(bis 16:30 Uhr)
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN	
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Rüdiger Dröger	FDP	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Markus Danuser	KLuST e.V.
---------------------	------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN
Herr Dr. Manfred Hoffmann	auf Vorschlag der LINKEN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
----------------------	-----------------------------------

Verwaltung

Herr Werner Adams	
Herr Ingo Fleischer	
Frau Ursula Herx	
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	
Herr Robert Kilp	
Herr Hans-Joachim Mohr	(bis 17:20 Uhr)
Herr Hans-Jürgen Petry	
Herr Frieder Wolf	

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Ulrich Langner

Schriftführerin

Frau Corinna Simons

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Neubert	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Volker Görzel	FDP

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden und weist auf den Sitzungstermin für den Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation hin:

Dienstag, 19.06.2012, ab 15:00 Uhr

Konrad-Adenauer-Saal

Anschließend trägt er die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion im Finanzausschuss am 07.02.2012
Verwaltungsaufwand außerhalb der klassischen Verwaltungsstruktur
0620/2012
- 4.6 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2012
1507/2012
- 4.7 Sperrbezirke im Kölner Süden, Prostituierte aus Köln Meschenich, Seitenstreifen "Am Eifeltor"
1477/2012
- 6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.04.2012
Top-Level-Domain-Vergabe .koeln
AN/0579/2012
- 6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.04.2012
Top-Level-Domain-Vergabe .koeln
1691/2012
Tischvorlage
- 6.2 Anfrage der Freien Wähler Köln vom 30.04.2012 Brüsseler Platz - Konzept 2012
AN/0637/2012
- 6.2.1 Beantwortung einer Anfrage der FWK vom 30.04.2012
Brüsseler Platz - Konzept 2012
1722/2012
Tischvorlage
- 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE
Anonymisierte Bewerbungsverfahren
AN/0541/2012
- 8.1.1 Stellungnahme zur Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens
1654/2012
Tischvorlage

10.7 zurückgezogen
0990/2012

10.9 Bericht zur Frauenförderung
0855/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

16.8 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss von Rahmenverträgen für den
allgemeinen städtischen Bedarf
1422/2012

16.9 Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Weiden, Kronstädter Straße
1278/2012

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales ist mit
der nun folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

2.1 Bürger- und Menschenrechte im Chinajahr 2012
1006/2012

2.2 Leitprogramm der NRW-Landesregierung "Stärkung der Europafähigkeit der
Kommunen"
1031/2012

2.3 Städtepartnerschaft Köln - Thessaloniki
1165/2012

2.4 Unterstützung für die Partnerstadt Tunis
1197/2012

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion im Finanzausschuss am 07.02.2012
Verwaltungsaufwand außerhalb der klassischen Verwaltungsstruktur
0620/2012

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Bilanzkonferenz zum Veränderungsprozess "Die Zukunft unserer Schulen"
1144/2012

- 4.2 Jahresbericht 2011 - Kölner Haus des Jugendrechts
1296/2012
- 4.3 Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen aus dem Geschäftsbereich von
Dezernat I - Stand: 31.12.2011
0738/2012
- 4.4 Verzicht auf die Erhebung der KAG-Beiträge für einen Teilbereich der Severinstraße
1657/2012
- 4.5 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Bericht
1481/2012
- 4.6 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2012
1507/2012
- 4.7 Sperrbezirke im Kölner Süden, Prostituierte aus Köln Meschenich, Seitenstreifen "Am
Eifeltor"
1477/2012

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.04.2012
Top-Level-Domain-Vergabe .koeln
AN/0579/2012
- 6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.04.2012
Top-Level-Domain-Vergabe .koeln
1691/2012
- 6.2 Anfrage der FFK vom 30.04.2012
Brüsseler Platz - Konzept 2012
AN/0637/2012
- 6.2.1 Beantwortung einer Anfrage der FFK vom 30.04.2012
Brüsseler Platz - Konzept 2012
1722/2012

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

- 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE
Anonymisierte Bewerbungsverfahren
AN/0541/2012
- 8.1.1 Stellungnahme zur Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens
1654/2012

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln bzgl. Erhöhung der Eintrittsentgelte, neuer Öffnungszeiten des NS-Dokumentationszentrums und der Konkretisierung "Freier Eintritte"
0082/2012
- 10.2 Aufhebung der Kostenordnung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0817/2012
- 10.3 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden
0909/2012
- 10.4 Hochwasserschutzzonenvorordnung Theodor-Heuss-Ring bis Ölhafen
0103/2012
- 10.5 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Deutz, Eigelstein, Innenstadt, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Sürth, Braunsfeld, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Kalk, Rath-Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim.
0983/2012
- 10.6 Änderung der Hauptsatzung
0992/2012
- 10.7 zurückgezogen
0990/2012
- 10.8 Anhörungsrecht der Peter und Irene Ludwig Stiftung bei Angelegenheiten des Museums Ludwig
1238/2012
- 10.9 Bericht zur Frauenförderung
0855/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 11.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Welpmann am 19.03.2012
Kostenpflichtige mobile Toiletten am Rosenmontag
1214/2012

12 Mitteilungen der Verwaltung

12.1 Beschaffungskartelle für Feuerwehrfahrzeuge
1222/2012

13 Schriftliche Anfragen

14 Mündliche Anfragen

15 Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

16.1 Einführung von SAP PSCD als neues Kassenverfahren der Verwaltung
0731/2012

16.2 Verweis aus dem Rechnungsprüfungsausschuss vom 13.02.2012 Prüfbericht
Ahndung von Ordnungswidrigkeiten
0136/2012

16.2.1 Stellungnahme der Verwaltung Prüfbericht Ahndung von Ordnungswidrigkeiten
0127/2012

16.3 Ordnungsbehördliche Bestattungen
1033/2012

16.4 Einleitung eines Vergabeverfahrens
1341/2012

16.5 Abschluss eines Rahmenvertrages im Bereich Telekommunikations-Dienstleistungen
5269/2011

16.6 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die
Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 44 Objekten
(Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten etc.)
1326/2012

16.7 Neubau des Bezirksrathauses Rodenkirchen, Änderung des Ratsbeschlusses vom
13.10.2011 (Vorlage Nr. 2755/2011) "Künftige Unterbringung Bezirksrathaus
Rodenkirchen - Richtungsentscheidung zur Realisierung"
1273/2012

16.8 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss von Rahmenverträgen für den
allgemeinen städtischen Bedarf
1422/2012

16.9 Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Weiden
1278/2012

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Equal Pay Day 2012

Frau Kronenberg berichtet, dass das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern unter dem Jahresthema FRAUEN beREICHern zahlreiche Lunchpakete geschnürt habe. Anlässlich des Equal Pay Day 2012, dem Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern, fand eine Aktion für die städtischen Mitarbeiterinnen statt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Lunchpaket "Versorgungsbezüge für Beamtinnen "

Frau Kronenberg berichtet weiter, ebenfalls unter dem Motto FRAUEN beREICHern habe das Amt für Gleichstellung heute ein Lunchpaket für Beamtinnen angeboten. 55 Frauen, überwiegend des mittleren und gehobenen Dienstes, haben die Möglichkeit genutzt, sich in der Mittagspause ihre Versorgungsbezüge ausrechnen zu lassen. Das Ergebnis, nämlich dass vor allem Beamtinnen einen äußerst niedrigen Versorgungsanspruch erwirtschaften können, habe die Betroffenen schockiert und sei nun Anlass für Folgeaktivitäten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.3 Girls'Day - Boys'Day

Frau Kronenberg berichtet von der erfolgreichen Durchführung des sogenannten Girls'Day am 26. April 2012. Wie auch in den vergangenen Jahren habe das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern anlässlich des Girls' Day zahlreichen Mädchen und Jungen einen Einblick in die unterschiedlichsten Berufsfelder ermöglicht.

So war bei den Mädchen insbesondere ein Tag bei der Feuerwehr und bei den Jungen ein Tag in einer Kindertagesstätte sehr beliebt.

Frau Kronenberg bedankt sich bei allen beteiligten Dienststellen, Herrn Stadtdirektor Kahlen persönlich und einigen Ausschussmitgliedern für ihr Engagement an diesem Tage.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2 Internationales

2.1 Bürger- und Menschenrechte im Chinajahr 2012 1006/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis

Herr Wolf ergänzt, aktuell sei die Durchführung des NRW-Chinafestes grundsätzlich finanziell gesichert. Allerdings fehle noch eine Summe in Höhe von 320.000,00 Euro, davon 200.000,00 Euro für das Finanzmarktforum, zu dem aber mündliche Sponsorenzusagen gemacht wurden.

Auf Rückfrage von Herr Frank erläutert Herr Wolf, die Diskussion über Bürger- und Menschenrechte sei grundsätzlich schwierig. Das Thema werde von der Stadt Köln grundsätzlich offen angesprochen, aber es sei nicht davon auszugehen, dass eine Diskussion

von chinesischer Seite zugelassen werde. Es sei bereits heute klar, dass der Oberbürgermeister von Peking zum Thema Menschenrechte nichts anderes sagen werde, wie die chinesische Regierung. Es werde daher angestrebt, Gespräche über andere Bereiche, zum Beispiel über den Bereich Wissenschaft, zu erreichen. Herr Wolf weist darauf hin, dass es zum Thema Bürger- und Menschenrechte sicherlich keine Podiumsdiskussion geben werde.

Auf eine weitere Nachfrage von Herrn Frank betont Herr Wolf, die Stadt Köln halte auch beim Finanzmarktforum weiterhin an einer Drittmittelfinanzierung fest. Es habe keine Bedarfsanmeldung aus den Sondermitteln Chinajahr, die der Rat zur Verfügung gestellt habe, gegeben. Inwieweit die Bundesregierung sich am Finanzmarktforum beteilige, sei ihm nicht bekannt.

Die Anregung von Frau Manderla, die Ausstellung „China: Menschen, Macht, Widersprüche“ in Schulen stattfinden zu lassen, die die Sprache Chinesisch im Lehrplan aufgenommen haben, nimmt Herr Wolf zustimmend zur Kenntnis.

Abschließend weist Herr Danuser auf eine kostengünstige und einfache Möglichkeit hin, sich effektiv für Bürger- und Menschenrechte einzusetzen. In jedem Gespräch könne der Einzelne auf Minderheiten wie zum Beispiel die Lesben-, Schwule- und Transgenderminderheit in Köln aufmerksam machen. Ebenfalls könne er sich vorstellen, dass im Rahmen einer Ansprache darauf hingewiesen werde, dass die Stadt Köln durchaus stolz auf ihre Lesben-, Schwule- und Transgenderminderheit sei.

2.2 Leitprogramm der NRW-Landesregierung "Stärkung der Europafähigkeit der Kommunen" **1031/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis

2.3 Städtepartnerschaft Köln - Thessaloniki **1165/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau dos Santos Herrmann erläutert Herr Wolf, Thessaloniki habe insbesondere Interesse am Bereich „Abfallwirtschaft“ gezeigt. Vor dem Hintergrund, dass die griechische Verwaltung möglicherweise zurzeit nicht so arbeitsfähig sei, wie es vielleicht notwendig wäre, sei man bemüht, die Partnerstadt nicht zu überfordern. Es werde nur über Bereiche informiert, die seitens Thessalonikis abgefragt werden. Außerdem handelt die Stadt Köln in enger Abstimmung mit Leipzig, der anderen Partnerstadt Thessalonikis.

Frau Manderla weist darauf hin, dass eine Reise von Bundestagsabgeordneten nach Thessaloniki geplant sei. Vor dem Hintergrund, dass insbesondere kommunale Angelegenheiten thematisiert würden und die Stärkung der Städtepartnerschaft beabsichtigt sei, plädiere die CDU-Fraktion für eine Teilnahme von Mitgliedern des Rates an dieser Reise. Herr Wolf nimmt diese Anregung zur Kenntnis.

2.4 Unterstützung für die Partnerstadt Tunis **1197/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Wolf, grundsätzliches Thema des Netzwerktreffens deutscher und nordafrikanischer Kommunen in Bonn sei ein kontinuierlicher Informations- und Erfahrungsaustausch deutscher Städte, die Kontakte mit Nordafrika haben.

Vorbereitet werde in diesem Zusammenhang die Beteiligung mit Bundesmitteln an einem Förderprogramm, welches die GiZ (Gesellschaft internationale Zusammenarbeit) aufgelegt habe, zur Unterstützung nordafrikanischer Kommunen.

2.5 Besuch des Oberbürgermeisters von Tel Aviv

Herr Wolf berichtet vom Besuch des Oberbürgermeisters von Tel Aviv. In der Zeit vom 04. bis 06. Mai habe die Stadt Köln ein inhaltlich dichtes Programm geboten.

Herr Wolf ergänzt, die Stadt Köln habe 1988 einen Friedenskindergarten in der Stadt Tel Aviv gegründet, der nun vor einer notwendigen Renovierung stehe. In diesem Zusammenhang habe der Städtepartnerschaftsverein Köln Tel Aviv eine Spendenaufrufkampagne initiiert und koordiniert. Die Aktion sei mit einer Rest-Cent-Spende in Höhe von 15.000,00 Euro von den städtischen Bediensteten gestartet worden. Er ruft die Mitglieder des Ausschusses auf, sich an der Spendenaktion zu beteiligen.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion im Finanzausschuss am 07.02.2012 Verwaltungsaufwand außerhalb der klassischen Verwaltungsstruktur 0620/2012

Frau Manderla erinnert an eine weitere Anfrage der CDU-Fraktion „Aufwand und Entwicklung der städtischen Dezernatsbüros“, deren Beantwortung noch ausstehe. Sie bittet darum, die Beantwortung „Verwaltungsaufwand außerhalb der klassischen Verwaltungsstruktur“ zu vertagen und in der nächsten Sitzung, gemeinsam mit der noch offenen Beantwortung, wieder aufzurufen.

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales ist einverstanden.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Bilanzkonferenz zum Veränderungsprozess "Die Zukunft unserer Schulen" 1144/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

Auf Rückfragen von Frau von Bülow erläutert Herr Kahlen, für die Schulhausmeisterinnen und Schulhausmeister sowie die Schulsekretäre und -sekretärinnen werde ein aktueller Aufgabenkatalog entwickelt, der die gestiegenen Anforderungen und neue Aufgabenstellungen berücksichtigt, wie sie sich z. B. aus dem Verfahren zur Bildung und Teilhabe ergeben. Auf dieser Grundlage werde ermittelt, wie sich die neuen Aufgaben, aber auch der Wegfall von Aufgaben und eine technikunterstützte Aufgabenwahrnehmung auf den Stellenbedarf auswirken.

Herr Kahlen ergänzt, eine besondere Schwierigkeit ergebe sich aus der enormen Dynamik im Bildungsbereich, die u. a. aus Themen wie dem Ganzttag, Öffnung von Schule für Dritte, Integration der Schulen in den Sozialraum, Ausbau des Gemeinsamen Unterrichtes oder Inklusion entstehe.

Auf Nachfrage von Frau Manderla versichert Herr Stadtdirektor Kahlen, der vom Rat für den Veränderungsprozess zur Verfügung gestellte Etat in Höhe von 200.000,00 Euro sei gut angelegt. Es könne zwar noch keine konsensuale Lösung vorgestellt werden, jedoch werde intensiv und kontinuierlich an strukturellen Lösungen gearbeitet, die die aktuell schwierige Situation des städtischen Haushaltes berücksichtigen.

Abschließend betont Herr Kahlen, der von allen Beteiligten als wichtig empfundene Austausch zwischen Schulträger und den Akteuren der Kölner Schul- und Bildungslandschaft soll auch künftig fortgeführt werden.

4.2 Jahresbericht 2011 - Kölner Haus des Jugendrechts 1296/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau dos Santos Herrmann erläutert Herr Kahlen, die erste Instanz habe die Rechtsauffassung der Stadt Köln hinsichtlich der Vermietung der Erdgeschossräume bestätigt, allerdings habe der Vermieter gegen das Urteil Berufung eingelegt.

4.3 Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen aus dem Geschäftsbereich von Dezernat I - Stand: 31.12.2011 0738/2012

hier: Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

Herr Marx erinnert an die zeitlichen Vorgaben des AVR-Beschlusses, bis zum 31.03.2012 ein externes Fachunternehmen mit einer organisationsbezogenen anonymen Mitarbeiterbefragung zu beauftragen und bedauert, dass die Durchführung der Befragung frühestens nach der Sommerpause starten könne. Somit könne die vom Ausschuss geforderte Zeitschiene, bis 31.05.2012 ein wirkungsvolles Maßnahmenprogramm zur Steigerung der Beschäftigtengesundheit zu entwickeln und unter Berücksichtigung der Ergebnisse und Vorschläge des Fachunternehmens dem AVR in der Sitzung im Juni 2012 vorzuschlagen, ebenfalls nicht eingehalten werden.

Auf Rückfragen von Herrn Marx erläutert Herr Kahlen, vor allem die Berücksichtigung der Beteiligungsrechte der Personalvertretung, der Gesamtschwerbehindertenvertretung, der Gleichstellungsbeauftragten und des Datenschutzbeauftragten bei der Entwicklung des Fragebogens und die Erstellung des Leistungsverzeichnisses sowie das Vergabeverfahren verzögerten den Zeit-Maßnahmen-Plan.

Auf weitere Nachfragen von Herrn Marx weist Herr Stadtdirektor Kahlen darauf hin, dass die Ergebnisse von strukturell nachhaltigem Aufgabenabbau, Geschäftsprozessoptimierung oder einer Standardreduzierung erst im Haushalt 2013, möglicherweise 2013/2014 abzubilden seien.

Aufgrund der Wichtigkeit der Thematik fordert Herr Marx die Verwaltung auf, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales schnellstmöglich ein Maßnahmenprogramm zur Verbesserung und Erhaltung der Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzulegen. Er bittet um einen Zwischenbericht, wie genau die Zeitschiene aussehe und wann die Beauftragung des externen Fachunternehmens erfolgt oder die Ausschreibung eingeleitet sei. Darüber hinaus erwarte er eine aktuelle Statistik über krankheitsbedingte Abwesenheiten innerhalb der Verwaltung.

Herr Kahlen sagt eine aktuelle Mitteilung zum Krankenstand für die Sitzung des Ausschusses am 04.06.2012 zu.

hier: Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch PKW und LKW

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

Auf Nachfragen von Frau von Bülow erläutert Herr Kahlen, die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Herrn Beigeordneten Streitberger arbeiten mit Hochdruck an einer Lösung.

Die besondere Schwierigkeit ergebe sich weiterhin aus dem Anwohnerschließungsrecht gepaart mit zum Teil nicht vorhandenen technischen Möglichkeiten für eine versenkbare Polleranlage. Aus der Sicherung der Rechte der Anwohner und der Notwendigkeit für Feuerwehr und Notarzt im Notfall die Plätze befahren zu können sowie der Tatsache, dass die Platzfläche gleichzeitig Tiefgaragendeckel mit Ablaufvorrichtung für Regen- und Reinigungswasser ist, ergebe sich eine nahezu unlösbare Problematik.

Herr Kahlen betont, seines Erachtens sei das Kunstwerk Ma'alot nicht betroffen.

Er sagt zu, sich bei Dezernat VI um einen aktuellen Sachstand in Form einer schriftlichen Mitteilung zu bemühen oder die Teilnahme eines Ansprechpartners an der nächsten Sitzung des AVR zu erreichen.

**4.4 Verzicht auf die Erhebung der KAG-Beiträge für einen Teilbereich der Severinstraße
1657/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

**4.5 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Bericht
1481/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

Auf Rückfragen von Herr Marx erläutert Herr Kahlen, die wirtschaftlichen Effekte der einzelnen Projekte hinsichtlich Standardisierung, Entlastung, Serviceverbesserung, Stellenabsetzungen usw. seien im Geschäftsbericht GPO individuell dargestellt. Eine konkrete Hochrechnung der Einsparungen in belastbaren Zahlen sei zurzeit nicht möglich.

Er führt aus, vor dem Hintergrund der Haushaltssituation und der daraus resultierenden Konsequenzen für zusätzliche Stellen, setzte die Verwaltung auf interkommunale IT-Lösungen. Dies werde am Beispiel des Bereiches Beistandschaften deutlich. Hier sei geplant durch Softwareoptimierung Stellenzusetzungen in Höhe von 30 Stellen zu vermeiden und gleichzeitig einen höheren Qualitätsstandard zu bieten. Die Stadt Köln nutze dazu den Dachverband kommunaler IT Dienstleister (KDN). Herr Kahlen bittet den Ausschuss um etwas Geduld, sobald der Verwaltung belastbare Zahlen vorliegen, werde der Ausschuss darüber informiert.

Auf weitere Nachfragen von Herrn Marx und Herrn Detjen schlägt Herr Kahlen vor, die Mitteilung im Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation erneut aufzurufen und ggf. dort einzelne Fachfragen ausführlich zu erörtern. Wenn vom Ausschuss gewünscht, könne hier ebenfalls die Anregung von Herrn Detjen zum Format des Berichtes und einer möglicherweise deutlicheren Darstellung von Standardveränderungen diskutiert werden.

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Mitteilung in den Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation.

4.6 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2012 1507/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau dos Santos Herrmann erläutert Frau Dahmen, Stand Ende April 2012 waren 311 Zuzüge in Köln zu vermelden. Die überwiegenden Zuzüge kommen aus den Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens, dem Irak, Iran und Afghanistan. Darüber hinaus tauchen zurzeit vermehrt auch Schwarzafrika und Vietnam auf. Entsprechend einer eigenen Hochrechnung werden in 2012 Zahlen erreicht, die in etwa denen des Jahres 2010 entsprechen (insgesamt unter ca. 1000), im Jahre 2011 war die Zahl auf ca. 1100 angestiegen. Frau Dahmen betont, über die Zahlen finde ein stetiger Austausch der Ausländerbehörde mit dem Wohnversorgungsbetrieb und der Bezirksregierung Arnsberg statt.

Auf Nachfrage von Herrn Hess ergänzt Frau Dahmen, die genannten Personen seien gem. § 15 a AufG zu verteilen. Sie weist darauf hin, dass es eine Vereinbarung mit dem Jugendamt gibt, wonach Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht verteilt werden. Außerdem gäbe es eine weitere Regelung mit der Bezirksregierung Arnsberg, wonach Schwangere und Kranke nicht verteilt werden. Die Verteilungsquote für Köln war Ende März noch nicht erfüllt, die Stadt lag 33 Personen unter Soll.

Frau Dahmen bemerkt abschließend, ca. ein Drittel der gezählten Zuzüge verbleibe aktuell in Köln.

4.7 Sperrbezirke im Kölner Süden, Prostituierte aus Köln Meschenich, Seitenstreifen "Am Eifeltor" 1477/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.04.2012 Top-Level-Domain-Vergabe .koeln AN/0579/2012

6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.04.2012 Top-Level-Domain-Vergabe .koeln 1691/2012

Die Beantwortung liegt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales als Tischvorlage vor, er vertagt die Kenntnisnahme in die nächste reguläre Sitzung.

6.2 Anfrage der FWK vom 30.04.2012 Brüsseler Platz - Konzept 2012 AN/0637/2012

6.2.1 Beantwortung einer Anfrage der FWK vom 30.04.2012 Brüsseler Platz - Konzept 2012 1722/2012

Die Beantwortung liegt dem Ausschuss als Tischvorlage vor, er vertagt die Kenntnisnahme in die nächste reguläre Sitzung.

Auf Nachfrage von Herrn Granitzka erläutert Herr Kahlen, die Nacht vom 30.04. auf den 01.05. werde bundesweit im Freien und auf der Straße gefeiert. Hier handele es sich um eine traditionell besondere Situation. Ein Rückschluss auf nachfolgende sommerliche Nächte könne aufgrund der Besonderheit nicht zwingend gezogen werden. Die Polizei war über die Situation im Kölner Raum in dieser Nacht zufrieden, da es keine Ausschreitung wie in anderen Regionen der Republik gab. Die Verwaltung werde zunächst an ihrem Konzept festhalten und Wetterlage, Personenzahlen in Bezug zu Uhrzeiten etc. weiter dokumentieren.

Herr Kahlen informiert über den von der im AVR vorgetragenen Verwaltungsmeinung abweichenden Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu einem gegenüber dem Vorjahr veränderten Außengastronomiekonzept. Die Verwaltung arbeite bereits an der Umsetzung. Darüber hinaus prüfe die Verwaltung noch weitere Maßnahmen, so z.B. eine zeitliche Beschränkung des Alkoholverkaufs für den Kiosk am Brüsseler Platz an Wochentagen entsprechend den Regelungen des Gaststättengesetzes, die bereits jetzt an Sonn- und Feiertag greifen.

Abschließend betont Herr Stadtdirektor Kahlen, nach der Landtagswahl werde es möglicherweise eine bessere Gesetzgebung zum Alkoholverkauf geben.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage im Hauptausschuss zum Veränderungsnachweis

Herr Detjen berichtet, im Anschluss an seine mündliche Anfrage im Hauptausschuss habe die Kämmerin angekündigt, den aktuellen Veränderungsnachweis noch vor der Landtagswahl vorzulegen.

Herr Kahlen verspricht eine Erörterung in der morgigen Sitzung des Stadtvorstandes.

Herr Breite bemerkt, die Kämmerin habe angekündigt, Haushaltskonsolidierungsvorschläge vor der Landtagswahl zu veröffentlichen. Er weist darauf hin, in der Vergangenheit habe dafür eine Pressekonferenz mit dem Herrn Oberbürgermeister stattgefunden.

8 Anträge

8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE Anonymisierte Bewerbungsverfahren AN/0541/2012

8.1.1 Stellungnahme zur Einführung eines anonymisierten Bewerberverfahrens 1654/2012

Herr Detjen bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Er plädiert für den Ausbau weiterer Anonymisierungen vor allem bei internen Bewerbungen. Außerdem bittet er um Prüfung, inwiefern das externe Auswahlverfahren transparenter dargestellt werden könne.

Frau Manderla betont, sie sei davon ausgegangen, dass der Antrag zurückgezogen werde. Die CDU-Fraktion lehne ein eigenes Kölner Verfahren ab. Es bleibe das bundesweite Pilotprojekt abzuwarten, nach dem sicher eine landesweit gleiche Praxis entwickelt werde. Bei allen Überlegungen über anonymisierte Verfahren müsse berücksichtigt werden, dass die Angabe von Alter bzw. Geburtsdatum für die Verwaltung hilfreich sein könne, um den Auswirkungen des demographischen Wandels entgegen zu wirken.

Frau dos Santos bittet um Mitteilung über die Ergebnisse der unter Punkt 5 angekündigten Prüfung über die Einführung eines anonymisierten externen Bewerbungsverfahrens unter Berücksichtigung interkommunaler Erfahrungen und Hinweise.

Herr Kahlen weist abschließend darauf hin, die Leistungsbeurteilung eines internen Bewerbers oder einer internen Bewerberin spiele eine erhebliche Rolle im Auswahlverfahren.

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales ist einverstanden, den Antrag bis zur vollständigen Evaluierung des bundesweiten Pilotprojekts zurückzustellen.

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln bzgl. Erhöhung der Eintrittsentgelte, neuer Öffnungszeiten des NS- Dokumentationszentrums und der Konkretisierung "Freier Eintritte" 0082/2012

Herr Detjen signalisiert bereits heute die Ablehnung der Vorlage im Rat.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Änderungen und Ergänzungen der Ziffer II, 1 und 2.1 – 2.3 der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln vom 07. Oktober 2010 (Amtsblatt der Stadt Köln Nummer 49 vom 03. November 2010, Seite 1016 ff) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich, gegen die Stimme der Fraktion Pro Köln, zugestimmt

**10.2 Aufhebung der Kostenordnung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0817/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Aufhebung der Kostenordnung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 beigefügten paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.3 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren,
Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden
0909/2012**

Herr Hess informiert, die Vorlage der Verwaltung sei eine Umsetzung der Gemeindeordnung, aber seines Erachtens habe die Verwaltung einen Fehler in der Gemeindeordnung übernommen. Die Verwaltung habe mit dieser Änderung ein Instrument, Bürgerbegehren zeitlich zu verzögern. Er plädiert für die Aufnahme einer Frist in der Satzung.

Herr Kahlen betont, kein Antragsteller habe aufgrund dieser Änderungssatzung irgendwelche Nachteile zu erwarten. Es gelte das übliche Verfahren, nämlich dass die Verwaltung hier unverzüglich nach Recht und Gesetz zu handeln habe.

Herr Frank weist darauf hin, der Vorlage könne hier und heute zugestimmt werden, allerdings habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiteren Regelungsbedarf.

Herr Kahlen bittet um Unterscheidung der Formulierung Kostenschätzung, Kostenberechnung und Kostendeckung. Die Verwaltung habe lediglich die Qualität einer Kostenschätzung vorzulegen und das sei auch ohne erheblichen Zeitaufwand grundsätzlich leistbar.

Herr Granitzka bitte um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die in Anlage 2 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Hochwasserschutzzonenvorordnung Theodor-Heuss-Ring bis Ölhafen
0103/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Theodor-Heuss-Ring bis Ölhafen in der Fassung der paraphierten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.5 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Deutz, Eigelstein, Innenstadt, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Sürth, Braunsfeld, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Kalk, Rath-Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim.
0983/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im 2. Halbjahr 2012 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.6 Änderung der Hauptsatzung
0992/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Änderung der Hauptsatzung in der in Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.7 zurückgezogen
0990/2012**

**10.8 Anhörungsrecht der Peter und Irene Ludwig Stiftung bei Angelegenheiten des Museums Ludwig
1238/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der Peter und Irene Ludwig Stiftung eine Vereinbarung mit folgendem Regelungsinhalt zu treffen:

- Anhörung der Stiftung vor der Berufung des/der Direktors/in und des/der Stellvertreters/in für das Museum Ludwig,
- laufende Information der Stiftung über die Arbeit des Museum Ludwig.

Die laufende Information der Stiftung über die Arbeit des Museum Ludwig soll in Art und Umfang den Regelungen im Schenkungsvertrag vom 23.02.1976 entsprechen. Die Vereinbarung soll für die Dauer von zehn Jahren gelten. Für die Zeit danach soll es eine Verlängerungsoption für jeweils zehn weitere Jahre geben, soweit nicht eine der Parteien der Verlängerung widerspricht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.9 Bericht zur Frauenförderung
0855/2012**

Frau Kronenberg fasst die wichtigsten Inhalte des vorliegenden Berichtes noch einmal zusammen. Sie weist darauf hin, im Städtevergleich Köln – Düsseldorf schneide die Stadt Köln gleich in zwei Bereichen besser ab als Düsseldorf. In der Managemententwicklung liege Düsseldorf ganze 5 Prozentpunkte hinter der Stadt Köln, die ihren Frauenanteil auf 32% steigern konnte. Zwar sei das gesetzte Ziel in Höhe von 39% nicht erreicht worden und es sei noch viel zu tun, jedoch könne Köln gute Erfolge verzeichnen. Auch bei den Dezernentinnen könne Köln mit drei von sieben besser punkten als Düsseldorf mit nur einer Dezernentin.

Als grundsätzlich schlecht bezeichnet Frau Kronenberg die Entwicklung der sogenannten Lohnlücke. Die Bruttostundenlöhne weisen aus, dass Frauen im Schnitt 2 Euro Stundenlohn weniger verdienen als Männer. Als grundsätzlich gut bezeichnet Frau Kronenberg den gestiegenen Teilzeitanteil der Männer bei der Stadtverwaltung.

Frau von Bülow hinterfragt den Anteil der Fraktionsassistenten und –mitarbeiter, außerdem bittet sie um Mitteilung, warum Frauen bei externen Auswahlrunden bessere Chancen haben als bei internen Auswahlrunden, wie oft zugunsten von Frauen entschieden wurde und welche Konsequenzen sich daraus für die Gleichstellungsbeauftragte ergeben.

Frau Möller bittet um eine ergänzende Darstellung, wie sich überhaupt belegen lasse, dass Frauen bei externen Auswahlrunden bessere Chancen haben.

Frau von Bülow bittet um Beantwortung, warum Jobsharingbörsen keinen Nutzen erbringen und wie viele Jobsharingpartnerschaften es gibt. Außerdem bitte sie um Hinweis, wie sich das Netzwerk „gehobener Dienst“ entwickelt habe, und sie bittet um Erläuterung, was genau der Satz „Der 4. Frauenförderplan baut mit seinen innovativen Maßnahmen auf diesen Ergebnissen und Notwendigkeiten auf.“ bedeute.

Frau Möller weist darauf hin, dass Statistiken ohne Erläuterungen nicht grundsätzlich sinnvoll seien. Sie bittet um eine Darstellung, wie die Potentiale von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Familienverpflichtungen gefördert werden sollen. Außerdem bittet sie um Erläuterung, inwiefern der körperliche Eignungstest bei der Feuerwehr modifiziert wurde und worauf sich die Bemerkung „Teilweise war auch kein Praxisbezug erkennbar“ beziehe.

Frau Möller fragt weiter nach, wie sich das Amt für Gleichstellung im Teilzeitbereich Lösungsansätze vorstelle.

Herr Granitzka schlägt vor, die gesammelte Beantwortung aller Fragen dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales schriftlich vorzulegen und diese ergänzende Mitteilung zusammen mit dem Bericht in der nächsten regulären Sitzung des AVR erneut aufzurufen.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vertagt die Kenntnisnahme in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Vorsitzender
Granitzka

Schriftführerin
Simons